

Shelley Berlowitz

Wir müssen reden

Oder: Warum Israels Völkerrechtsverletzungen (fast) folgenlos bleiben

Seit dem brutalen Angriff von Hamas-Anhängern und Mitläufern auf Israelis im Süden des Landes, dem 1200 Kinder, Frauen und Männer zum Opfer fielen und in dessen Verlauf 250 Israelis in den Gazastreifen entführt wurden, kennen die israelische Regierung, Armee und Teile der israelischen Bevölkerung keine Grenzen mehr. In einem gnadenlosen Rachefeldzug legte die israelische Armee landwirtschaftliche Felder, Spitäler, Schulen, Universitäten, religiöse und politische Institutionen im Gazastreifen in Schutt und Asche. Es gibt bisher über 50 000 dokumentierte Tote, Hunderttausende Verletzte, Zehntausende allein gebliebene Kinder, Millionen Obdachlose. Zudem setzt Israel humanitäre Hilfe als Instrument seiner Kriegsziele ein. In der besetzten Westbank vertreiben Siedler:innen im Schatten des Krieges Palästinenser:innen aus ihren Dörfern, überfallen palästinensische Wohngebiete, die Armee greift Flüchtlingslager wie Jenin aus der Luft und vom Boden an und hinterlässt Verwüstung (Shezaf 2025).

Anderthalb Jahre hat die internationale Gemeinschaft dem Morden, Vertreiben und Aushungern nicht nur zugeschaut, sondern es auch mit Waffenlieferungen tatkräftig unterstützt. Scharfe Kritik kam von UN-Generalsekretär António Guterres im UN-Sicherheitsrat zwar bereits im Oktober 2024, seither verhinderten die USA jedoch mehrmals Verurteilungen der israelischen Kriegsführung in Gaza. Angesichts der Zerstörung von Gaza und der von Israel herbeigeführten humanitären Katastrophe häufen sich zur Zeit missbilligende Statements westlicher Staaten gegenüber der israelischen Kriegsführung. Ob diesen Statements Sanktionen folgen werden, ist noch ungewiss.

Zur Zeit der Niederschrift dieser Zeilen, im Mai 2025, ist Israel dabei, mit einem völkerrechtswidrigen Angriff auf den Iran den Nahen Osten zu destabilisieren.

Wie kommt es, dass Israel bei derart eklatanten Völkerrechtsverletzungen so lange geschont wird? Israel ist Europa im Nahen Osten – auch wenn seine Bevölkerung heute mehrheitlich nicht europäisch und nicht weiss ist.

Der Begründer des Zionismus, Theodor Herzl, nannte den zu gründenden Staat einen «Vorposten der Kultur gegen die Barbarei» (1896/1988, 41), 125 Jahre später sprach der ehemalige israelische Premier Ehud Barak von Israel als «Villa im Dschungel» (Berman 2021). Die Identifikation Israels mit dem Westen ist – neben geopolitischen Erwägungen – wohl der entscheidende Grund, warum Völkerrechts- und Menschenrechtsverletzungen gegen Palästinenser:innen von Europa und den USA geduldet, verschwiegen oder gar unterstützt werden. Israel versteht sich als westlicher Staat, als «einzige Demokratie im Nahen Osten» und wird in Europa und den USA auch so gesehen. Zugleich verletzt Israel demokratische Werte eklatant. Die von westlichen Ländern postulierten Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stehen zwar immer wieder im Widerspruch zum europäischen aussenpolitischen Handeln – westliche Doppelmoral ist nicht nur im Nahostkrieg zu beobachten. In der europäischen und US-amerikanischen Haltung zu Israel manifestiert sich aber nicht nur die altbekannte Doppelmoral. Darüber hinaus stecken die Auseinandersetzungen über Israel/Palästina in den westlichen Zivilgesellschaften, Parlamenten und vermutlich auch Regierungen in festgefahrenen Dilemmata und Widersprüchen fest. Um diese soll es in diesem Beitrag gehen.

Zum einen leben in Europa und den USA jüdische Menschen mit einer besonderen Beziehung zu Israel. Das konfrontiert die Regierungen mit ihrem Verhältnis zu einer Minderheit im eigenen Land, deren Schutz zentraler Bestandteil des westlichen Selbstverständnisses nach dem Zweiten Weltkrieg ist. Zum zweiten wird Kritik an Israel von bürgerlicher, konservativ-rechter Seite als antisemitisch definiert. Das konfrontiert europäische Regierungen mit der Geschichte von Antisemitismus und Holocaust, die sie als ihre eigene, dunkle Geschichte anerkennen. Zum dritten wird in der Wissenschaft und den Zivilgesellschaften heftig über das Verhältnis von Zionismus und Kolonialismus gestritten. Das konfrontiert die Regierungen mit der dunklen Geschichte des Kolonialismus, deren Aufarbeitung sie oft scheuen. Offene Debatten tun not.

Jüdinnen und Juden und der Staat Israel

Der Staat Israel führt in seiner Flagge das religiöse Symbol des Davidsterns und in seinem Wappen den siebenarmigen Leuchter, der gemäss Überlieferung im ersten und zweiten Tempel stand. *Zion* ist seit Jahrhunderten ein mythischer Sehnsuchtsort in der jüdischen Liturgie, der Erlösung und Hoffnung repräsentiert. Dieses *Zion* wurde mit der Gründung des Staates Israel

aus dem Gebetbuch in die Wirklichkeit katapultiert. Orthodoxe Juden und Jüdinnen standen der zionistischen Bewegung bis zur Gründung des Staates Israel allerdings sehr skeptisch gegenüber und einige ultra-orthodoxe Gemeinschaften lehnen den Staat Israel heute noch ab. Seit Israel im Krieg von 1967 die Westbank, und damit das Kernland des biblischen Israel mit vielen heiligen Stätten, besetzte, ist der Staat Israel in seinem Selbstverständnis jedoch immer jüdischer geworden – und für Jüdinnen und Juden weltweit immer mehr zum Kernelement ihrer Identität. Bereits 1976 schrieb der US-amerikanische Rabbiner und Publizist Arthur Hertzberg: «The [...] State of Israel has become the contemporary equivalent of the older Jewish religion; that is, the loyalties that it evokes throughout the Jewish world is the contemporary factor of Jewish uniqueness and Jewish distinctiveness.» (zitiert in Fein 1987, 358f) Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Peter Beinart schreibt in seinem neuesten Buch *Being Jewish after the Destruction of Gaza* (2025, 102): «In most of the Jewish world today, rejecting Jewish statehood is a greater heresy than rejecting Judaism itself.» Heisst: Die Bejahung des Staates Israel gilt heute als stärkerer Marker der jüdischen Identität als der jüdische Glaube und seine Praktizierung, als die Loyalität zur jüdischen Gemeinschaft oder als die Hinwendung und Liebe zur jüdischen Kultur.

Viele Juden und Jüdinnen sind biographisch, emotional, religiös und familiär mit Israel verbunden, auch wenn sie sich mit den Staaten, in denen sie leben, identifizieren. Die politischen Positionen, die jüdische Menschen zu Israel einnehmen, sind keineswegs einheitlich. Viele Juden und Jüdinnen verstehen sich als Zionist:innen, viele aber auch als anti- oder nicht-zionistisch. Sehr viele kritisieren die israelische Politik im Privaten, nicht jedoch in der Öffentlichkeit. Grosse jüdische Institutionen, allen voran in den USA, aber auch in der Schweiz, stehen hinter Israel und wollen sich nicht zu einer offenen Kritik menschenverachtender Politik aufrufen. In vielen modern-orthodoxen und liberalen Gemeinden gehört ein Gebet für das Wohlergehen Israels und seiner Soldat:innen zum Sabbat-Gottesdienst. Klare Kritik und Distanzierung von der israelischen Politik ist für offizielle jüdische Organisationen tabu. Zumindest vorerst noch.

Das ist fatal. Als Minderheit waren Jüdinnen und Juden immer darauf angewiesen, dass sie in demokratischen Gesellschaften geschützt werden. Sie sind heute in den westlichen Gesellschaften zwar gut integriert – aber die kollektive Erfahrung, dass sich dies sehr schnell ändern kann, ist stark verankert und führt verständlicherweise zu Unsicherheit. Nun gibt ein Staat vor, sie zu vertreten und in ihrem Namen zu handeln, der jeglichen Minder-

heitenschutz Lügen straft. Unter der Kontrolle des Staates Israels haben Millionen von Menschen keine demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten – weil sie nicht jüdisch sind. Was das für jüdische Identität bedeutet, darüber wären innerjüdische Debatten dringend notwendig. Die religiöse Bindung des Judentums an *Zion* und das grundlegende Recht auf jüdische Selbstbestimmung stehen nicht zur Diskussion. Zur Diskussion steht die politische Verfasstheit einer solchen Selbstbestimmung. Es wäre an der Zeit, in Kooperation mit den Opfern des Zionismus, den Palästinenser:innen, über andere Formen der Selbstbestimmung nachzudenken.

Europa hat aufgrund seiner Geschichte die Verantwortung, Minderheiten zu schützen – der Holocaust hat gezeigt, wozu fehlender Minderheitenschutz führen kann. Viele Juden und Jüdinnen fürchten sich, dass sie ohne die Rückversicherung eines starken Israels in Europa und den USA nicht mehr sicher sind. Ein Staat, der Probleme nicht diplomatisch, sondern militärisch zu lösen pflegt, und der Minderheiten und Andersdenkende im eigenen Land diskriminiert, kann aber weder als Zufluchtsort gelten, noch kann und wird er jüdische Minderheiten in anderen Staaten der Welt schützen. Im Gegenteil: Er gefährdet sie. Ereignisse im Nahen Osten sind ein Trigger für das Aufflammen von Antisemitismus (SIG/GRA *Antisemitismusbericht 2024*, 15). Israel beansprucht, im Namen aller Jüdinnen und Juden zu sprechen und bevorzugt jüdische gegenüber nichtjüdischen Bürger:innen. Das kann nicht im Interesse jüdischer Gemeinschaften weltweit sein – nicht nur aus moralischen Gründen, sondern auch weil diese Politik auf sie zurückfällt. Wenn europäische Staaten nicht gegen die israelische Politik gegenüber den Palästinenser:innen Stellung beziehen, schützen sie jüdische Menschen nicht. Eine wahrhaft solidarische Politik mit jüdischen Gemeinschaften weltweit würde darin bestehen, klar zwischen der Haltung zum Staat Israel und zur jüdischen Gemeinschaft ausserhalb Israels zu trennen. Und dazu gehört neben einem glaubwürdigen Bekenntnis gegen Antisemitismus auch Klartext in der Verurteilung von israelischen Menschenrechtsverletzungen.

Antisemitismus und Kritik am Staat Israel

Die israelische Regierung unterstellt scharfen Kritiker:innen ihrer Politik Antisemitismus und Israel-Bashing. Wer Israel *Genozid* vorwirft,¹ von *Apartheid* spricht oder «From the river to the sea, Palestine will be free» skandiert, findet sich unversehens in einem Gespräch über Antisemitismus wieder (Beinart 2025).² Das ist keine neue Entwicklung. Bereits 2004 postulierte der

damalige Minister für Diaspora-Angelegenheiten Nathan Sharansky einen *Neuen Antisemitismus*, der sich nicht gegen Juden und Jüdinnen als Einzelpersonen, sondern gegen den jüdischen Staat wende. Kritik an Israel sei dann antisemitisch, wenn sie Israel dämonisiere, delegitimiere oder doppelte Standards anlege. Abgesehen davon, dass es sich hierbei um die Interpretation unscharfer Begriffe handelt, ist festzuhalten, dass es die israelische Regierung war, die die Frage des Antisemitismus im Zusammenhang mit Kritik an Israel aufwarf, und dies just zu einem Zeitpunkt, als die israelische Reaktion auf die zweite Intifada massive Kritik aus dem Ausland generierte. Es handelte sich also nicht um die neutrale Beschreibung eines Phänomens, sondern um ein gezielt eingesetztes Mittel zur Abwehr von Kritik. Seither wird der Vorwurf des Antisemitismus im Zusammenhang mit Kritik an Israel immer und immer wieder erhoben.

Das Konzept des *Neuen Antisemitismus* – also die Vorstellung, dass sich Antisemitismus vor allem in Feindseligkeit gegenüber dem Staat Israel äußert – gewann zunehmend an Einfluss.³ In der 2016 von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) formulierten «Arbeitsdefinition» von Antisemitismus spiegelt sich diese Entwicklung. Die Kerndefinition der IHRA zeichnet sich durch verblüffende Vagheit aus: «Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.» Weit davon entfernt, die semantische Bedeutung von Antisemitismus zu stabilisieren, weitet das IHRA-Papier den Begriff Antisemitismus bis zur Unkenntlichkeit aus. So vage und unbestimmt der Kernsatz der «Definition» lautet, so bestimmt und deutlich wird Antisemitismus in den elf angefügten Beispielen für antisemitische Aussagen und Haltungen festgemacht. Sieben der elf Beispiele befassen sich mit der Haltung zum Staat Israel. Zum Beispiel: «Das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z. B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen», ist eine Haltung, die unabhängig vom Kontext – von der historischen Situation, der Sprecher:in und dem Anlass – von der IHRA als antisemitisch definiert wird. Das Problem dabei: In der real existierenden «jüdischen Selbstbestimmung» werden zwanzig Prozent der Bevölkerung innerhalb des Staates diskriminiert, weil sie nicht jüdisch sind. Diese «Selbstbestimmung» erlaubt und fördert die Vertreibung von Palästinenser:innen von ihren Dörfern, landwirtschaftlichen Gebieten, Häusern und Wohnungen in der Westbank und Ost-

Jerusalem, um jüdische Siedlungen zu bauen und jüdische Familien einzuquartieren. Staatliche Institutionen, Polizei, Armee und Siedler:innen vertreiben, verfolgen, demütigen, schikanieren, töten und verletzen Palästinenser:innen straflos (Bergman/Mazzetti 2024). Palästinensische Bewohner:innen der besetzten Gebiete haben, um mit Hannah Arendt (1986, 462) zu sprechen, nicht das Recht, Rechte zu haben. Der Staat Israel anerkennt sie nicht als Subjekte, deren Stimme politisches Gewicht hat. Zu postulieren, dass die «Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen», antisemitisch ist, macht aus allen Kritiker:innen dieser Zustände Antisemit:innen.⁴ Dies dürfte wohl auf alle Palästinenser:innen zu treffen und auf alle Menschen, die sich für deren Freiheit und Würde einsetzen. Wie der Jurist und politische Philosoph Raef Zreik in einer online Debatte (Van Leer Institute 2021) ausführte, ist die IHRA-Definition daher kein Instrument *für* ein Gespräch, sondern ein Instrument für den *Ausschluss* aller anti- und nicht-zionistischen Positionen vom Gespräch. Sie ist das Mittel der stärkeren – israelischen – Seite, so Zreik, in einem asymmetrischen Konflikt die Definitionsmacht auf dem internationalen Parkett zu erlangen. Tatsächlich ist durch die Übernahme der IHRA-Definition durch viele Regierungen, Parteien und Organisationen – auch in der Schweiz – dieser Ausschluss in vollem Gange. Wie sinnvoll ist es, mit der IHRA-Arbeitsdefinition alle Menschen, die sich gegen das jüdische Selbstbestimmungsrecht auf Kosten der Palästinenser:innen einsetzen, vom Gespräch auszuschließen?

Seit dem Holocaust besteht ein breiter gesellschaftlicher Konsens darüber, dass Antisemitismus inakzeptabel ist. Der Vorwurf des Antisemitismus zählt zu den gravierendsten Anschuldigungen überhaupt, weil er nicht nur moralisch schwer belastet, sondern auch auf eine Geschichte von Diskriminierung, Gewalt und Völkermord verweist. Vorstellungen, Mythen und Fantasien über «Juden» sind Teil des «Wissensbestandes», der in Europa entstanden ist und in die Welt exportiert wurde. «Wer also», fragt der britische Philosoph Brian Klug (2013, 6), «sind die ›Juden‹, die der Antisemit hasst oder fürchtet oder verachtet – oder beneidet oder sogar bewundert?» Und entwirft eine kleine Skizze dieser Figur: «Der Jude gehört zu einem finsternen Volk, das sich von allen anderen abhebt, nicht nur durch seine Sitten, sondern durch einen kollektiven Charakter: arrogant und doch unterwürfig; legalistisch und doch korrupt; extravagant und doch geheimnisvoll. Stets auf Profit aus, sind Juden ebenso rücksichtslos wie trickreich. Sie sind nur ihren eigenen Leuten gegenüber loyal und bilden überall einen Staat im Staat, in dem sie die Gesellschaften ausbeuten, in deren Mitte sie leben. Ihre verborgene Hand kontrolliert die Banken, die Märkte und die Medien. Und

wenn es zu Revolutionen kommt oder Nationen in den Krieg ziehen, sind es die Juden – geschlossen, mächtig, klug und hartnäckig –, die ausnahmslos die Fäden ziehen und die Früchte ernten.»⁵ Ein Gespräch über Antisemitismus tut gut daran, diese Vorstellungen in den Mittelpunkt zu stellen und nicht eine politische Haltung zum Staat Israel und seiner Politik. Mit anderen Worten: Wir müssen aufhören, das Gesprächsthema zu wechseln, wenn jemand *Völkermord* oder *ethnische Säuberung* oder *jüdische Vorherrschaft* sagt. Politische Vorwürfe – auch wenn sie radikal, ungerecht oder leidenschaftlich vorgetragen werden – verdienen politische Antworten.

Freilich können judenfeindliche Vorstellungen in politische Haltungen einfließen und sie tun es auch oft. Rechtspopulistische Regierungen, Parteien und ausserparlamentarische Gruppierungen solidarisieren sich mit Israel, weil sie die Ideologie des dort herrschenden Regimes teilen. Die Schaffung einer «ethnisch reinen» Nation, das Recht des Stärkeren, der Kampf gegen Islamismus und Terror und die Schwächung der Demokratie sind ganz in ihrem Sinn. Dass sie dabei gleichzeitig ihre eigene antisemitische Geschichte und Haltung bemänteln und ihrer Muslimfeindlichkeit Ausdruck geben können, kommt ihnen zupass – wird aber in politischen Debatten erstaunlich wenig thematisiert. Auch Kritiker:innen Israels bedienen sich zuweilen antisemitischer Mythen. Wenn Israelis pauschal als Kindermörder oder europäische und US-amerikanische Regierungen als Marionetten der jüdischen Lobby bezeichnet werden, vermischen sich berechnete Empörung über israelische Kriegsführung mit antisemitischem Gedankengut.

Der Antisemitismusbericht 2024 der SIG (Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund) und GRA (Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus) konstatiert für die Schweiz einen Anstieg des Antisemitismus seit dem Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023 und dem anschliessenden Krieg Israels in Gaza. Dabei wurde «bei 45 Prozent der Vorfälle ein direkter Zusammenhang zum Nahost-Krieg festgestellt» – sei es, dass hiesige Juden und Jüdinnen für die Politik Israels verantwortlich gemacht wurden oder ihnen die Schuld an Antisemitismus gegeben wird (Antisemitismusbericht 2024, 6). Diese Vermischung von Israel mit Juden und Jüdinnen ausserhalb Israels verdeutlicht, dass eine breite und differenzierte Thematisierung und die Bekämpfung von Antisemitismus heute wichtiger sind denn je. Allerdings ist die Gleichsetzung von Israel und Juden von israelischer Seite bewusst gewollt, wird doch im Nationalstaatengesetz von 2018 Israel als Heimat nicht der Israelis, sondern des jüdischen Volkes genannt. Der israelische UN-Botschafter war sich auch nicht zu schade, in der UNO-Vollversammlung im

Oktober 2023 die Gleichsetzung zu inszenieren, indem er den gelben Judenstern trug (Tagesschau 2023). Von offizieller jüdischer Seite wird die Vermischung von Israel mit Juden abgelehnt, wenn sie antisemitisch konnotiert ist. Gleichzeitig wird sie jedoch selbst postuliert. Diskussion und Offenheit tun not.

Holocaust und Kolonialismus

In den Positionen zu Israel und Palästina zeigen sich zwei unterschiedliche, oft gegensätzliche moralisch-historische Erzählungen des Westens: das Holocaust-Narrativ und das Kolonialismus-Narrativ. Die folgende Darstellung ist bewusst vereinfacht; eine vertiefte Analyse leisten Texte von Amos Goldberg (2022) und Nira Yuval-Davis (2023). Viele Forscher:innen weisen auf Verbindungen und Überschneidungen zwischen beiden Narrativen hin – in öffentlichen Debatten jedoch stehen sie häufig unversöhnlich gegeneinander. Beide Erzählungen haben sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ausgebildet und sie erklären die Entwicklung der westlichen Moderne auf unterschiedliche Weise.

Das Holocaust-Narrativ ist in seiner Perspektive eurozentrisch geprägt. Es hat sich in Europa, den USA und in Israel durchgesetzt. Nach dem Sieg der Alliierten im Zweiten Weltkrieg und der Aburteilung der führenden Nationalsozialisten in den Nürnberger Prozessen hat sich das moderne Europa als zivilisatorisches Gegenbild zum Holocaust konstituiert. Der Holocaust wurde, so die Sozialwissenschaftlerin Nira Yuval-Davis (2023, 5), als eine «deviation from the acceptable normative acts that individuals and states operate with under the enlightened values of modernity» verstanden – also als moralische Abweichung organisierter, verbrecherischer Individuen von der Norm und nicht als Folge struktureller Bedingungen wie Rassismus, Nationalismus oder fehlendem Minderheitenschutz. Durch die strafrechtliche Verfolgung der Täter sowie die institutionalisierte Erinnerung an das begangene Unrecht hat sich der moderne Westen als normative Gegenfolie zum Zivilisationsbruch des Holocaust konstituiert. Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus nimmt im westlichen Selbstverständnis deshalb eine zentrale Rolle ein. Dabei wird Antisemitismus nicht als eine Form von Rassismus, sondern als Phänomen *sui generis* gesehen.

Im Zentrum des Kolonialismus-Narrativs stehen die Erfahrungen von kolonisierten Bevölkerungen. In dieser Sichtweise sind Rassismus, Unterdrückung und Sklaverei keine Ausnahmefehler, sondern konstitutiv für die Entwicklung des modernen Westens. Die verdeckten Kehrseiten der westli-

chen Moderne – Rassismus und koloniale Ausbeutung – sind zentrale Voraussetzungen für westlichen Wohlstand und für die Vorstellung von Zivilisation im Kontrast zur vermeintlichen Barbarei. Antisemitismus spielt in diesem Narrativ bloss eine Nebenrolle, als eine Form von vielen möglichen Formen von Rassismus.

Im Kontext von Israel/Palästina prallen diese Narrative aufeinander. Der Zionismus war beides, auch wenn dies als Widerspruch erscheint: Eine Befreiungsbewegung für Juden und Jüdinnen, die vor Antisemitismus flohen, und ein kolonialistisches Unternehmen in Bezug auf die einheimische palästinensische Bevölkerung in Palästina. Während die Befürworter:innen des Holocaust-Narrativs die Motive und Absichten der Zionist:innen ins Zentrum stellen, sind für die Anhänger:innen des Kolonialismus-Narrativs die Resultate der zionistischen Besiedlung des Landes entscheidend. Zu einer Zeit, als Kolonialismus noch nicht als Übel angesehen wurde, machte die zionistische Bewegung keinen Hehl daraus, dass ihr Anliegen die Kolonisierung und die Errichtung von Kolonien war. Im Gegenteil: Kolonisierung war der Kern ihrer Idee. Theodor Herzl suchte die Unterstützung verschiedener imperialer Mächte zu erringen und versprach, «für Europa würden wir dort ein Stück des Walles gegen Asien bilden, wir würden den Vorposten der Kultur gegen die Barbarei besorgen» (1896/1988, 41). Das zionistische Motto «Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land» stand in einer kolonialen Tradition. Die zu kolonisierende Region wurde im Kolonialismus immer als «res nullius» gesehen, als Land ohne Eigentümer:innen. Die Tatsachen, dass die Schaffung des jüdischen Staates nach dem Holocaust für Juden und Jüdinnen ein Akt der Selbstbestimmung und Befreiung und für die Palästinenser:innen ein kolonialistischer Akt der Vertreibung, Enteignung und Entrechtung war, widersprechen sich nicht. Sie fordern uns vielmehr heraus, uns dieser doppelten Perspektive bewusst zu sein und Zukunftsszenarien zu entwickeln, die beiden gerecht werden.

Das Unrecht allerdings geht weiter. Die Vertreibung, Enteignung und Entrechtung von Palästinenser:innen haben 1948 nicht aufgehört und erreichen heute, während des Gazakriegs, ungeahnte Ausmasse. Beide Perspektiven anzuerkennen – die israelische und die palästinensische – bedeutet heute, sich für ein Ende der Unrechtspolitik Israels einzusetzen. Auf zivilgesellschaftlicher Ebene mit Protesten, auf Regierungsebene nicht nur mit Statements, sondern mit diplomatischem Druck und Sanktionen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs standen zwei universalistische Lehren im Raum, führte Raef Zreik in der bereits zitierten online-Debatte aus: Die eine Lehre bezog sich auf den Schutz von Minderheiten. Nie wieder

sollte eine Minderheit in einem Staat so behandelt werden wie die Juden und Jüdinnen. Aber es gab auch eine zweite Lehre, so Zreik, die im Zusammenhang mit der Dekolonisierung stand: dass nämlich Freiheit und Gleichheit nicht auf Europa begrenzt sein dürfen. Können beide universalistischen Lehren konsistent sein, fragt er, sodass der Kampf gegen Antisemitismus und der Kampf für Dekolonisierung sich nicht gegenseitig blockieren und als gegeneinander eingesetzte Waffen benützt werden?

Wir müssen Räume schaffen, in denen neue Gespräche möglich sind. In denen jüdische Menschen und Organisationen die reale und gedankliche Verbindung zwischen der jüdischen Religion und dem Staat Israel hinterfragen und kritisieren. In denen der Kampf gegen zivile Frauen, Kinder und Männer nicht als Kampf gegen Kolonialismus und für ein Leben in Freiheit und Würde legitimiert wird. Und in denen die Erinnerung an den Holocaust oder die Angst vor Antisemitismus nicht als Instrumente gegen die Befreiung der Palästinenser:innen von der israelischen Fremdherrschaft eingesetzt werden.

Anmerkungen

- 1 Laut Internationalem Gerichtshof ist der Völkermordvorwurf im Hinblick auf Gaza juristisch plausibel (*opinio juris*). https://www.icj.org/2024/04/05/the-icjs-findings-on-plausible-genocide-in-gaza-and-its-implications-for-the-international-criminal-court/?utm_source=chatgpt.com, Abfrage 26.5.25).
- 2 Wenn mit dem Slogan «From the river to the sea, Palestine will be free» die Vertreibung oder Vernichtung der jüdischen Israelis beabsichtigt wird, ist er antisemitisch. Bezieht sich der Slogan hingegen auf die Vorstellung eines einheitlichen demokratischen Staates für alle Bewohner:innen des Landes, so ist das antizionistisch, vielleicht utopisch und unrealistisch – aber deshalb nicht antisemitisch. Wer diesen Slogan verwendet, ist aufgefordert, die Vision dahinter zu benennen.
- 3 Zur publizistischen und wissenschaftlichen Diskussion des Neuen Antisemitismus siehe Rabinovici/Speck/Sznaider 2004; Klug 2004.
- 4 Wie der ehemalige britische Oberrabbiner Immanuel Jakobovits bereits in den 1980er-Jahren sagte: «By charging people [who criticize Israel] with antisemitism, you help to breed antisemitism. You give aid and comfort to the real antisemites and their movements, and you alienate true friends.» (zit. in Fein 1987, 368)
- 5 Eigene Übersetzung.

Literaturverzeichnis

- Arendt, Hannah, 1951/1986: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. München/Zürich
- Beinart, Peter, 2025: Being Jewish after the Destruction of Gaza. A reckoning. New York
- Bergman, Ronen/Mazzetti, Mark, 2024: The Unpunished. How Extremists Took Over Israel. In: New York Times Magazine, 16.5. (online verfügbar, Abfrage 26.5.2025)
- Berman, Lazar, 2021: After walling itself in, Israel learns to hazard the jungle beyond. In: The Times of Israel, 8.5. (online verfügbar, Abfrage 26.5.2025)
- Fein, Helen, 1987: Contemporary Conflicts. How do Jewish Claims and Jewish Nationhood Affect Antisemitism? In: Dies (ed.): The Persisting Question. Sociological Perspectives and Social Contexts of Modern Antisemitism. Berlin/New York

- Goldberg, Amos, 2022: From a Global War of Narratives to a Binational Framework. In: *Society* 59, 3–11. (online verfügbar, Abruf 26.5.2025)
- Herzl, Theodor, 1896/1988: *Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage*. Zürich
- International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA): IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus. [holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus](https://www.holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus) (Abfrage 26.5.2025)
- Klug, Brian, 2004: The Myth of the New Anti-Semitism. In: *The Nation*, 2.2. (online verfügbar, Abfrage 26.5.2025)
- Klug, Brian, 2013: What Do We Mean When We Say «Antisemitism»? Echoes of Shattering Glass. In: *Antisemitism in Europe Today. The Phenomena, the Conflicts*. Öffentlicher Vortrag im Jüdischen Museum Berlin. www.jmberlin.de/keynote-was-meinen-wir-wenn-wir-von-antisemitismus-sprechen (Abfrage 26.5.2025)
- Rabinovici, Doron/Speck, Ulrich/Sznajder, Natan (Hrsg.), 2004: *Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte*. Frankfurt a. M.
- Rothberg, Michael, 2020: Vergleiche vergleichen. Vom Historikerstreit zur Causa Mbembe. In: *Geschichte der Gegenwart*, 23. 9. (online verfügbar, Abfrage 26.5.2025)
- Sharansky, Natan, 2004: 3D Test of Anti-Semitism. Demonization, Double Standards, Delegitimization. In: *Jewish Political Studies Review*. (online verfügbar, Abfrage 26.5.2025)
- Shezaf, Hagar, 2025: Empty Streets, Homes in Ruin. Israeli Army Gives No Timeline for Leaving West Bank's Jenin. In: *Ha'aretz*, 28.5. (online verfügbar, Abfrage 26.5.2025)
- SIG/GRA, Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund (SIG)/Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA), 2025: Antisemitismusbericht 2024. [swissjews.ch/de/services/praevention/antisemitismusbericht/](https://www.swissjews.ch/de/services/praevention/antisemitismusbericht/) (Abfrage 26.5.2025)
- Tagesschau online, 2023: Eklat nach Israel-Kritik bei UN: «Herr Generalsekretär, in welcher Welt leben Sie?». www.tagesschau.de/ausland/amerika/guterres-nahost-streit-100.html (Abfrage 26.5.2025)
- Van Leer Institute Jerusalem, 2021: Online-Debatte. Defining Antisemitism. Expectations and Fallacies. www.vanleer.org.il/en/events/antisemitism-in-21st-century-israel-expectations-and-fallacies/ (Abfrage 26.5.2025)
- Yuval-Davis, Nira, 2023: Antisemitism is a Form of Racism – or is it? In: *Sociology* 58, 779–795 (online verfügbar, Abfrage 26.5.2025)